

DER SE GRUNDGESTEIN

WOCHENSCHRIFT DER IG BAU-STEINE-ERDEN

4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 5. Juli 1953

Nr. 27

Von der Bauarbeiter-Demonstration zum Volksaufstand

Diese Tage vom 8. bis 15. Juni in Ost-Berlin haben wieder einmal die Behauptung von Lassalle bestätigt:

Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben.

Was geschah in Berlin? In der Stinallee — der „Paradepferd“straße der Ostzonenregierung — sträubten sich Hunderte unserer Kollegen gegen weitere Leistungssteigerungen, da ihnen sowieso schon das Letzte aus dem Körper herausgepreßt wird. Sie standen protestierend im Kreis, andere traten hinzu, aus hundert wurden tausend, zehntausend, hunderttausend. Es begann der Marsch auf das Regierungsviertel, um eine Zurücknahme der unvernünftigen neuen Zehnprozentsteigerung zu erzwingen. Durch den Massenandrang kam der seit Jahren angesammelte Unmut der Arbeiterschaft über die Maßnahmen der ohne Mandat vom Volk „regierenden“ Grotewohl-Ulbricht zum Durchbruch. Mit einer überwältigenden Wucht des angestauten Unwillens riß diese Riesenwelle von Enttäuschten alles mit; die ewigen Erhöhungen der Leistungen, bei nicht genügender Ernährung brachte das Blut in Wallung. „Wir wollen keine Sklaven sein“, „Wir fordern freie Wahlen“, „Nieder mit der Regierung“.

Damit ist der Kampf um die Freiheit, verursacht durch Not, Ausbeutung und Terror in der Sowjetzone offen zum Ausbruch gekommen. Die Welt bewundert den Opfermut der Arbeiterschaft in Ost-Berlin und der gesamten Zone. In spontaner Erhebung versucht die Bevölkerung, die Knechtschaft abzuschütteln. Kämpfer für die Freiheit sind durch Panzer der Sowjets oder Gewehre der Volkspolizei getötet und verwundet worden.

In dieser Situation war es keine Bewegung der Bauarbeiter aus der Stinallee mehr, sondern jetzt stand ein Volk auf, ein Sturm brauste auf. Anfangs schien es, als ob die Regierung in Pankow klein beigeben wird, aber das war eine arglistige Täuschung. Es wurde Militär mit Panzern und Maschinengewehren mobilisiert. Schon am zweiten Tag sah der Potsdamer Platz einem Schlachtfeld gleich, mit Toten und Verwundeten, wie in einer belagerten Stadt. Die nächsten Tage brachten neue Kämpfe, die sich auch auf die Provinz übertrugen, so in Chemnitz, Magdeburg, Dresden, Leipzig u. s. w. Nun zeigte sich erst, wie es in der deutschen Ostzone stimmungsmäßig aussieht.

Der Belagerungszustand wurde von den Russen verhängt, die Vopo wurde mobilisiert; am Donnerstag wurde bereits von einem Militärgericht ein Todesurteil ausgesprochen und sofort vollstreckt.

Schon am Freitag riefen die SED-Zeitungen nach harten Vergeltungsmaßnahmen, die auch schon durchgeführt wurden. Häuser werden durchsucht, Arbeiter in ihre Betriebe getrieben.

Viele setzten sich nach dem Westen ab, besonders auch Kollegen aus den Bauberufen, die wohl besondere Maßnahmen fürchten. Unsere Berliner Verwaltung tut alles, um erste Hilfe zu leisten, der Hauptvorstand wird ebenfalls, soweit wie möglich, helfen.

Hoffentlich ist dieser millionenfache Schrei nach Freiheit nicht vergeblich gewesen, möchten doch die östlichen Gewalthaber einsehen, daß auch Tyrannenmacht eine Grenze hat... Freilich: Zur Stunde ist davon wenig zu spüren, und die Aussichten dafür sind nicht groß.

Immerhin hat uns diese Berliner Blutwoche mit wohl zwanzig Toten und mehreren hundert Schwerverletzten gezeigt, welche Stimmung unter der Decke schwelt, was bisher abgestritten wurde. Auch der Hinweis, daß die Sowjetregierung von jetzt an härter und entschlossener gegen Feinde und Provokateure vorgehen wird, kann an dieser Stimmung nichts abstreifen, eher sie verhärten.

In diesen Tagen hat Westdeutschland für die Todesopfer halbmast geflaggt. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir besonders den Angehörigen Willy Göttilings, dem unschuldigen Opfer, unser Beileid aussprechen. Darüber hinaus kommt aber unser Mitfühlen für die ganze Zone darin zum Ausdruck.

Die letzten Meldungen besagen, daß seit Freitag, dem 19. Juni, Sondereinheiten der kasernierten Volkspolizei und linientreue SED-Funktionäre die gegen die kommunistische Willkür streikenden Arbeiter in Ost-Berlin und in der Sowjetzone unter Drohungen, Verhaftungen und anderen Repressalien gezwungen haben, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Trotz dieser neuen Terrorakte des kommunistischen Regimes konnte auch am Freitag nach übereinstimmenden Berichten das normale Leben im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands noch nicht wiederhergestellt werden. In Ost-Berlin, im Bezirk Potsdam, dem westlichen Teil Brandenburg und in den Bezirken Magdeburg und Chemnitz herrscht immer noch der von den sowjetischen Behörden verhängte Ausnahmezustand. Die SED hat umfangreiche Verhaftungsmaßnahmen durchgeführt. Der Berliner Sowjetsektor ist nach wie vor hermetisch nach dem freien Berlin abgeriegelt.

Volkspolizeistreifen haben in der Nacht zum Freitag in verschiedenen Bezirken des Sowjetsektors Razzien veranstaltet. Die besonders ausgewählten Streifen durchsuchten die Wohnungen von Ost-Berlinern, die als „westlich eingestellt“ angesehen werden, und prüften, ob sich bei ihnen West-Berliner auf-



hielten, die infolge der hermetischen Absperzung des Sowjetsektors bisher nicht in das freie Berlin zurückkehren konnten. Angetroffene West-Berliner wurden von den Volkspolizisten sofort verhaftet; nur diejenigen wurden später wieder freigelassen, die einwandfrei nachweisen konnten, daß sie nicht an den Demonstrationen gegen das SED-Regime teilgenommen hatten.

Daraus erkennen wir den ganzen Ernst der Lage.

Aber um so mehr wird sich der Widerstandswille der Ostzonenbewohner verhärtet. Wir hier können nur wünschen, daß recht bald eine günstige Lösung eintritt. Bis dahin müssen wir ihnen unsere Unterstützung in jeder Form zukommen lassen. Th.

Große Trauerkundgebungen

Am 23. Juni waren im ganzen Bundesgebiet Veranstaltungen. Bundeskanzler Adenauer sprach in Berlin namens der westdeutschen Bevölkerung Worte der Trauer. Er sagte: „Wir werden nicht ruhen und rasten, bis ganz Deutschland in Frieden vereint ist.“

Minister Kaiser erklärte im Hinblick auf die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht, es sei nicht gut, mit Verrätern des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterschaft Politik zu machen. Jetzt aber wisse die sowjetische Besatzungsmacht sicherlich auch, wie sie die Werkzeuge ihrer Macht einzuschätzen habe. Wir Deutschen hätten inzwischen lernen müssen, daß Gewaltherrschaft nur durch Opfer überwunden werden könne.

Gedenkminuten

In der gesamten Bundesrepublik hat am Dienstag, 13. Juni, von 15.00 bis 15.05 Uhr zum Gedenken an die Berliner Opfer die

Arbeit in den meisten Betrieben geruht. Die Rundfunkstationen, von denen auch die Trauerfeier aus Berlin übertragen wurde, schalteten eine Funkstille ein oder übertrugen das Lied vom guten Kameraden. Die Bundespost hatte während dieser Zeit die Vermittlung von Ferngesprächen eingestellt. Die Bundesbahn dagegen ließ ihre Züge planmäßig verkehren und nur in Verwaltungsstellen und Werkstätten ruhte die Arbeit.

In München schlossen sich fast alle Großbetriebe der Arbeitsruhe an. Lediglich in einem Werk erklärte der Betriebsleiter, er wisse von einer Arbeitsruhe nichts. Der Betriebsrat des Werkes, ein Kommunist, äußerte, er fühle sich nicht verpflichtet, gegen seine eigene Überzeugung eine Arbeitsruhe für die Opfer von Ost-Berlin zu befürworten. In Arbeiterzügen um München waren am Vormittag Flugblätter verteilt worden, die sich gegen die Gedenkminuten aussprachen.

Unsere Bilder

zeigen oben rechts: Die Kollegen der Bewag erklären sich mit den Bauarbeitern solidarisch. — Bild unten links: Blick in die Friedensstraße mit dem Sektorenschild. — Bild unten rechts: Demonstranten auf dem Potsdamer Platz. — Zweite Seite Mitte, unten: Zehntausende von Demonstranten fordern freie Wahlen. — Bilder unten besagen durch die Angaben ihre Herkunft.



Trauer über Berlin

Sonderbericht aus Berlin von Walter Wegner

Trauer liegt über Berlin. Die sowjetische Besatzungsmacht hat in Ausnutzung des über den Ostsektor der Stadt verhängten Ausnahmezustandes einen 35jährigen arbeitslosen Maler aus West-Berlin, Vater von zwei Kindern, standrechtlich erschießen lassen. Er soll „gestanden“ haben, sich als Organisator im Auftrage eines ausländischen Aufklärungsdienstes an den Unruhen im Ostsektor während der letzten zwei Tage aktiv beteiligt zu haben. Von seiner Frau, die wir sprachen, bekamen wir bestätigt, was wir schon vorher wußten: das ist Schwindel! Die Begründung für die standrechtliche Erschießung ist nichts anderes, als der vergebliche Versuch der Sowjets, von den wirklichen Ursachen des Aufstandes der Ost-Berliner Arbeiter abzulenken. Der erwerbslose Arbeiter war von seiner im Norden gelegenen Wohnung am Dienstag zu seinem Facharbeitsamt nach Neukölln im Süden der Stadt gefahren; dabei muß er in den Ostsektor geraten sein.

Sieben weitere Tote sind im Westen der Stadt gezählt. Sie fielen unter den Salven der „Volks“polizei und sowjetischer Soldaten bei den Unruhen an den Sektorengrenzen. Mehr als 120 Verletzte liegen in den Krankenhäusern West-Berlins. Einige von ihnen ringen mit dem Tode. Wie viele Tote und Verletzte es im Ostsektor der Stadt sind, wird wohl nie jemand erfahren.

Der Ostsektor ist überall hermetisch vom Westen der Stadt abgeriegelt — gesichert durch Vopos mit Karabinern und Rotarmisten mit Maschinenpistolen und Panzern. Manche Straßen und Plätze im Osten der Stadt gleichen einem Heerlager. Nach 21 Uhr bis 5 Uhr früh ist kein Zivilist und kein ziviles Fahrzeug auf der Straße: Belagerungszustand. Die Stadt scheint ausgestorben.

In ihren Wohnungen aber sitzen die Menschen und besprechen die Ereignisse der letzten Tage, die in der ganzen Welt Aufsehen erregten. Trauer und Stolz ringen in ihrem Herzen miteinander. Trauer um die Toten, Verletzten, Eingespernten und um den noch nicht erzielten Erfolg, sowie bange Sorge wegen der Ungewißheit der nächsten Tage. Stolz aber, geboren aus dem Bewußtsein:

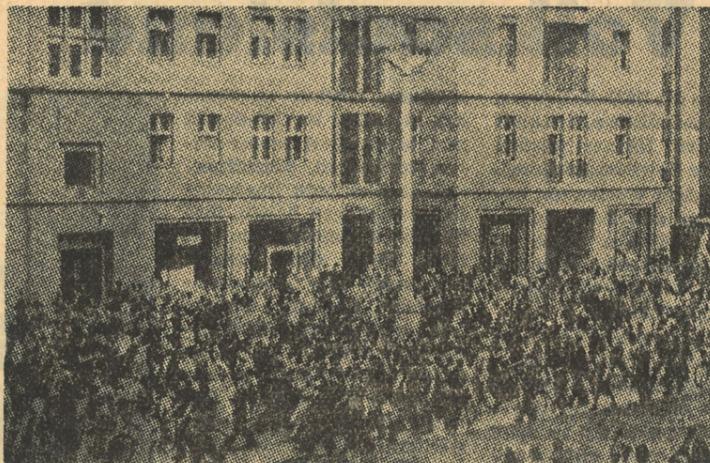
Wir haben es gewagt!

Kraftvoll hatten sich Zehntausende Berliner Arbeiter erhoben, die Maurerkellen aus der Hand gelegt, die Maschinen abgestellt, die Schmelzöfen ausgeräumt und sind trotz jeder Gefahr auf die Straße gegangen, um ihren Diktatoren einmal die wahre Meinung

nachdem um die Mittagsstunde des zweiten Tages der Belagerungszustand über den Ostsektor verhängt worden war, als russische Panzer auffuhren und die ersten Schüsse fielen, blieben die Menschen auf der Straße. Nur nach und nach gelang es der Militärmacht in den Abendstunden die Straßen freizubekommen. Und doch waren die Menschen auch am Donnerstag — trotz Belagerungszustand — da und dort wieder auf der Straße. Auch an diesem Tage konnte noch keine Schnellbahn, keine Straßenbahn und kein Omnibus fahren.

So fing es an

„Geht doch selbst zur Regierung“, hatte auf einer Baustelle in der Stalinallee, der früheren Frankfurter Allee, ein Bauarbeiter so leichthin einigen Bauarbeitern gesagt, als sie gegen die Heraussetzung der Arbeitsnormen protestierten. „Jawohl, wir gehen“, sagten die Wortführer. „Dann kommt ihr nicht mehr wieder“, riefen ihnen Kollegen vom Baugerüst zu; „Wir kommen mit.“



Demonstrierende Ost-Berliner Bauarbeiter durchziehen unter starker Anteilnahme der Bevölkerung die Stalinallee, die Paradedstraße des kommunistischen Berlins. Im Hintergrund ein neuerstellter Wohnblock für SED-Funktionäre. (Photo: UP)

So fing es an. Von allen Baustellen kamen immer mehr hinzu. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde durch den ganzen Ostsektor der Stadt. Und überall legte man die Arbeit nieder. Außerhalb der Stadt im Norden, bereits im Gebiet der Sowjetzone, liegt das Stahlwerk Hennigsdorf. Am Dienstag arbeitete hier noch alles. Am Morgen des Mittwoch aber besprachen Kollegen einer Walzstraße die Ereignisse des Vortages in der Stadt, von denen sie über den „Rias“ gehört hatten. Plötzlich fiel das Stichwort: „Wir machen mit.“

Als man sich noch darüber unterhielt, kamen aus anderen Werkteilen Kollegen: „Was ist los?“ Die Antwort lautete: „Wir erklären uns solidarisch mit den Bauarbeitern der Stalinallee und all den anderen, wir legen die Arbeit nieder.“ Die Öfen wurden ausgeräumt, die Maschinen abgestellt, das Werkzeug bei-

seite gelegt, und so, wie sie waren, in ihrer Arbeitskluft, oft nur mit Holzpantoffeln oder Holzschuhen an den Füßen, ungewaschen, gingen alle 6000 des Werkes auf die Straße.

Die Hennigsdorfer Metallarbeiter haben sich als wahre Freiheitshelden bewährt. Sie hatten den schwierigsten und gefahrvollsten Weg über Zonen- und Sektorengrenzen gewagt.

„Was wird nun“, fragten wir einige Hennigsdorfer. Nach der Ernährung und Versorgung brauchten wir gar nicht erst zu fragen. Die ausgemergelten Gesichter machten diese Frage überflüssig. „Was nun?“ Ein Bauarbeiter aus der Stalinallee mischte sich ein: „Gewiß, die Erhöhung der Normen hat uns veranlaßt, die Arbeit niederzulegen; aber nicht nur darum geht es, wir wollen endlich die Bande loswerden. Freie Wahlen fordern wir, und aufhören soll es, daß mit der roten Fahne Schindluder getrieben wird.“ Lange genug seien sie immer und immer wieder hingehalten worden. „Jetzt ist's genug.“ Der es sagte, ist ein Maurer aus der Stalinallee, ein alter Gewerkschafter.

Und ein anderer fügte hinzu: „Freie Wahlen, das ist die ganze Sache.“

Ein Transportarbeiter von Hennigsdorf fiel uns besonders auf. Sein Gesicht weckte in uns Erinnerungen an die Hungerszeit kurz nach dem Zusammenbruch. Bevor wir überhaupt etwas sagen konnten, fragte er uns: „Wie steht Westdeutschland?“

Wir wissen es wie er; es ist die Schicksalsfrage der Arbeiter, die in diesen Tagen trotz Terror und Gefahren und ohne nach der Erfolgchance zu fragen aufgestanden sind, um für ihr Recht einzutreten. Der Kollege war schon beruhigt, als wir ihm davon berichteten, welch gewaltigen Widerhall der Freiheitsmarsch der Ost-Berliner Arbeiter überall in der Welt gefunden habe, und als wir es ihm versicherten, daß Westdeutschland den Verzweiflungsruf aus dem Osten Berlins hören und aufnehmen werde.

Doch ist das schon genug? Wird es genügen, daß wir unseren Kollegen aus Ost-Berlin und auch aus der Sowjetzone — denn auch in Magdeburg, in Erfurt, in Brandenburg, in Chemnitz, in Dresden, in Leipzig, in Jena, in Gera und vielen anderen Städten hatten Arbeiter die Arbeit niedergelegt und waren auf die Straße gegangen und haben gegen ihre Unterdrücker gekämpft — unsere Sympathie bekunden? (Aus „Metall“)

Gewerkschaften gründen Solidaritätsfonds für Berlin

Der DGB hat am Mittwoch seine Mitglieder zu Hilfsaktionen für die Opfer der Demonstrationen am 17. Juni aufgerufen.

Der DGB-Bundesvorstand hat in Düsseldorf beschlossen, einen

„Solidaritätsfonds 17. Juni 1953“ einzurichten und einen „namhaften Betrag“ in nicht genannter Höhe diesem Fonds überwiesen. Gleichzeitig hat sich der DGB-Vorstand in einem Schreiben an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, dafür eingesetzt, daß sich die Bundesregierung der Opfer und Hinterbliebenen des 17. Juni durch einen „besonderen fürsorglichen Akt“ annehme. Nach Auffassung der Gewerkschaften müßten Sowjetzonenbewohner, die geflüchtet seien und wegen der Demonstrationen nicht in ihre Heimat zurückkehren könnten, vor allen anderen Flüchtlingen betreut werden.

Auch von mehreren anderen Seiten gingen am Mittwoch wiederum Spenden für die Opfer des 17. Juni ein. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands hat seiner Bezirksleitung in Berlin 50 000 DM zur Verfügung gestellt.

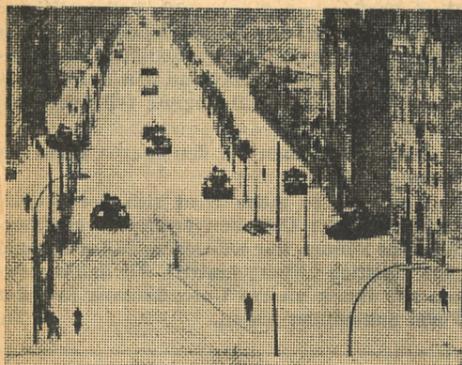
Unser Hauptvorstand beteiligte sich an der Hilfeleistung schon vom ersten Tage an. Hier wird sich zeigen, wer das Solidaritätsgefühl nicht nur auf der Zunge trägt. Die deutschen Gewerkschaften haben schon immer — wenn es galt, Notstände zu lindern — es nicht nur bei Worten bewenden lassen.

Neue Rentensätze

Gesetz über die Erhöhung der Grundbeträge in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten sowie über die Erhöhung der Renten in der knappschaftlichen Rentenversicherung (Grundbetragsröhrgesetz). Vom 17. April 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1 (1). Die Grundbeträge der am 1. Dezember 1952 laufenden oder nach diesem Tage festgestellten Renten aus der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung) und der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung) werden um monatlich fünf DM bei den Invalidenrenten und Ruhegeldern, vier DM bei den Witwen- und Witwenrenten, zwei DM bei den Waisenrenten erhöht. — (2) Die am 1. Dezember 1952 laufenden oder nach diesem Tage festgestellten Renten aus der knappschaftlichen Rentenversicherung werden um monatlich fünf DM bei den Knappschaftsrenten und Knappschaftsvollrenten, vier DM bei den Witwenrenten und Witwenrenten, zwei DM bei den Waisenrenten erhöht. Diese Erhöhungen sind unbeschadet der Vorschriften des § 3 Bestandteile der Renten.



Sowjetische Panzer, sowjetische Infanterie und Volkspolizisten — sonst menschenleere Straßen: Das ist das unterjochte Ost-Berlin während des Ausnahmezustandes. Unser Bild gibt einen Blick vom französischen Sektor aus in den Ost-Berliner Teil der Chausseestraße. (Photo: AP)

des Volkes zu demonstrieren. Mit einem Male hatten die so viele Jahre mächtigen und gefürchteten Funktionäre der SED und des kommunistischen FDGB, dieses Zerrbild eines Gewerkschaftsbundes, die Funktionäre des Staatsapparates, die Vopos mit ihren Holzknüppeln, Pistolen und Karabinern ihren Schrecken verloren. Gegenüber dem Mut und dem Willen der streikenden und demonstrierenden Arbeiter waren sie mutlos geworden und fügten sich in ihr Schicksal. Vopos warfen die Koppel und die Waffen weg, Eisenbahner, Straßenbahner, Kraftfahrer, Arbeiter und Angestellte aus vielen Betrieben und Hausfrauen schlossen sich den Zügen an. So zogen sie vor das Regierungsgebäude in der Leipziger Straße, vorbei an Vopoketten, Panzerspähwagen und Panzern. Der klägliche Versuch des „Ministers“ Selbmann, die Massen auf seine Seite zu bekommen, scheiterte. Ein Bauarbeiter aus der Stalinallee drängte ihn von dem als Rednerpodium aufgestellten Tisch und proklamierte vor der sowjetzonalen Zwingburg die Forderungen der Demonstranten:

Keine Normerhöhung, überhaupt keine Normen mehr im ganzen Gebiet der Sowjetzone; mehr zu essen und größere Freiheit; freie Wahlen in ganz Berlin und ganz Deutschland.

So war es am Dienstag, dem 16. Juni, so war es am darauffolgenden Tage. Und auch

Die internationale Solidarität lebt

Der Generalsekretär des IBFG, Kollege Oldenbroek, sandte dem Vorsitzenden des DGB Berlin, Ernst Scharnowski, folgendes Telegramm:

Die Kundgebungen in Ost-Berlin zeigen eindeutig, daß das kommunistische Regime sich in keiner Weise auf die Arbeiterschaft stützen kann. Die durch maßlose Ausbeutung übermüdeten und verzweifelten Arbeiter

haben offen verkündet, daß sie die kommunistische Diktatur und die unnatürliche Spaltung Deutschlands beseitigen wollen. Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft in der Sowjetzone Deutschlands ist zur Genüge bekannt. Die Empörung der Unterdrückten hat sich seit Jahren aufgespeichert. Die Pankower Marionettenregierung jedoch maßte sich an, im Namen der werktätigen Massen

zu sprechen und hinderte sie, sich Gehör zu verschaffen. Die Arbeitsnormen wurden angeblich auf die Forderung der Arbeiter hin erhöht.

Die Unruhen in Ost-Berlin und in der Sowjetzone haben nunmehr in überzeugender Weise bewiesen, daß sich die kommunistische Propaganda auf Lügen stützt und wie schlecht die Arbeiter hinter dem Eisernen Vorhang in diesem „Paradies“ leben. Die Arbeiter in Ost-Berlin haben verlangt, was die Freien Gewerkschaften für alle Menschen fordern: Brot, Frieden und Freiheit. Man hat ihnen mit Gewehrsalven geantwortet!

Unfähig sich vor dem Haß des Volkes zu schützen, glaubten die Diktatoren in Pankow, sowjetische Panzer zu ihrer Hilfe herbeirufen zu müssen.

Allein das Feuer der gegen die Arbeiter gerichteten bolschewistischen Geschütze kann sie an der Macht halten.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften brandmarkt vor der ganzen freien Welt die von den kommunistischen und sowjetischen Behörden gegen Demonstranten angewandten Repressalien und ebenso brutalen wie verbrecherischen Methoden. Der IBFG ehrt die Toten und Verwundeten und fordert die Freilassung der Eingekerkerten. All denen, die der grausamen Diktatur die Stirne geboten haben, entbietet er den Ausdruck seiner brüderlichen Solidarität und versichert sie seines Glaubens an den Sieg der Freiheit, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit.

Eine Reihe Gewerkschaften im Bundesgebiet haben von sich aus Solidaritätsaktionen unternommen, an denen sich auch der Hauptvorstand Bau - Steine - Erden beteiligt, da es sich ja besonders um viele unserer Kollegen handelt.

